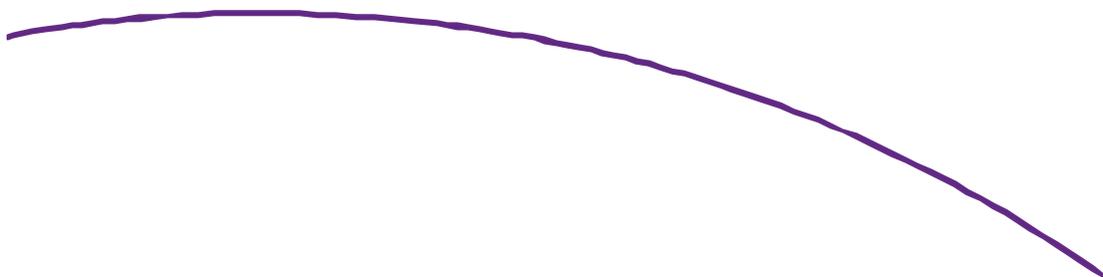


ODA: WIE VERSPROCHEN, SO GEBROCHEN

DIE DEUTSCHE „OFFIZIELLE
ENTWICKLUNGSUNTERSTÜTZUNG“
2003 BIS 2008/09

Ludger Reuke und Mirjam Müller



Zusammenfassung

Die vorliegende Studie ist eine weitere Fortschreibung und Neubearbeitung unserer Studien zur deutschen „Offiziellen Entwicklungsunterstützung“ (ODA) von 2005 und 2008. Grundlage für den Text sind die langen Reihen in Statistiken und Grafiken im hinteren Teil, deren Daten vorwiegend vom DAC/OECD, dem Statistischen Bundesamt und aus dem Internetangebot des BMZ stammen. Die deutsche und europäische Diskussion zum Thema ist eingebaut. Der Schwerpunkt liegt auf den ausreichenden Zusagen (Verbalität) und den weit dahinter zurückbleibenden Leistungen (Realität) der deutschen Seite. Für den „Erfolg“ von Entwicklungsanstrengungen ebenso wichtige Themen wie Good Governance oder Korruption(sbekämpfung) treten in den Hintergrund. Die Studie beschäftigt sich überwiegend mit deutschem und europäischem Erfolg und Versagen, weniger mit dem der Entwicklungsländer.

Der Anstieg der ODA-Quote aus dem Loch von 1998 (0,26%) auf 0,35% im Jahr 2005 war fast ausschließlich auf den steilen Anstieg der Schuldenerlasse zurückzuführen, 2006 bis 2008 (0,38%) stiegen daneben auch die entwicklungsrelevanten Mittel aus dem BMZ-Haushalt, die auch verhinderten, dass es 2009 einen zu starken Rückfall gab (0,35%). Einen Zuwachs wird es nach 2010, wenn überhaupt nur noch in sehr bescheidenem Maße geben, es sei denn, die Hoffnungen auf die Finanztransaktionssteuer erfüllten sich - und ein relevanter Teil von deren Erträgen würde wirklich in die EZ fließen. Das Zwischenziel von 0,51% für 2010 ist von Minister Niebel bereits als „unerreichbar“ bezeichnet worden, das seit nunmehr 40 Jahren von (fast) allen Parteien und allen Bundesregierungen immer wieder versprochene 0,7%-Ziel für 2015 ist stark gefährdet.

Das Ärgernis „Studienplatzkosten“ ist nur geringfügig kleiner geworden und die von uns 2008 noch als „Gefahr“ bezeichnete ODA-Anrechnung der Klimakosten ohne Erhöhung der Quote ist Realität. Das ist so nicht akzeptabel.

Impressum

Autoren:

Ludger Reuke und Mirjam Müller

Herausgeber:

Germanwatch e.V.

Büro Bonn

Dr. Werner-Schuster-Haus

Kaiserstr. 201

D-53113 Bonn

Telefon +49 (0)228/60492-0, Fax -19

Internet: www.germanwatch.org

E-mail: info@germanwatch.org

Juni 2010

Bestellnr.: 10-3-01

ISBN 978-3-939846-63-5

Diese Publikation kann im Internet abgerufen werden unter:

www.germanwatch.org/ez/oda10.htm

gefördert durch



ODA: WIE VERSPROCHEN, SO GEBROCHEN

DIE DEUTSCHE „OFFIZIELLE
ENTWICKLUNGSUNTERSTÜTZUNG“
2003 BIS 2008/09

Ludger Reuke und Mirjam Müller

Neubearbeitung und Fortschreibung der Studien:
„Die deutschen ODA-Leistungen 2000 bis 2003/2004“ von 2005 und
„Alles in ODA, [o:da]? Wider die Unordnung in der Anrechnung deutscher ‚Offizieller
Entwicklungsunterstützung‘ 2003 bis 2006/07“ von 2008

Inhalt

Vorwort	3
A) Der politische und finanzielle Rahmen	5
B) Zusammensetzung der ODA-Leistungen	6
1. „Frisches Geld“: Mittel für die Technische und Finanzielle Zusammenarbeit aus dem BMZ sowie EEF.....	6
2. Der ODA-Quote geht das virtuelle Geld aus: Die Schuldenerlasse zu Lasten des Bundesvermögens	7
3. Pauschalzahlung in das EU-Budget: Der Finanzminister überweist direkt nach Brüssel.....	8
4. Nothilfe, Beiträge zu den UN, den UN-Fonds und Klimakosten: Die ODA-Leistungen anderer Ministerien	8
5. Die „Leistung“ der Bundesländer: „Studienplatzkosten“ mit kleiner Beigabe.....	9
6. „Flüchtlingsentwicklung“: Ein ODA-Beitrag der Gemeinden?	10
7. Anrechnung von Klimakosten auf die ODA-Quote: Ein Ausweg?	10
C) Entscheidung über die weitere Verwendung	11
1. Theorien	11
2. Exkurs: Die Mythenbildung von den „Unglaublichen Billionen“	12
3. Multilaterale Leistungen: Mehr Mitentscheidung?	12
a) Leistungen über die EU	13
b) Leistungen über die UN.....	13
4. Entscheidungen in Deutschland	13
a) Unerreichbar von außen: Zwischen 30% und 50% der Leistungen verblieben in den letzten Jahren in Deutschland.....	13
b) Die entwicklungsrelevanten Mittel: Mitentscheidung der Empfänger?	14
c) Der Fall Budgethilfe: Selbstbestimmung der Empfänger?	14
D) Fazit und Ausblick	15
Tabellen und Grafiken	16

Vorwort

Die letzte Überarbeitung und Fortschreibung unserer Studie zu den deutschen ODA-Leistungen¹ hatten wir begonnen und beendet mit der starken Mahnung von Gordon Brown im Jahre 2007 an sich selbst, seine Kolleginnen und Kollegen Regierungschefs und wohl auch an uns einfache Bürgerinnen und Bürger: „*Wir können nicht erlauben, dass unsere zur Verpflichtung gewordenen Versprechungen abgleiten in vage Hoffnungen, dann Wunschenken und dann in leere Worte, die nur noch Symbole für gebrochene Versprechen sind.*“²

Wir haben es erlaubt.

Der dank der enormen Schuldenerlasse deutliche Anstieg der deutschen ODA-Quote im Jahr 2005 hat schon im Folgejahr zu lahmen begonnen und 2009 mit 0,35% gerade einmal die Hälfte der immer wieder von allen Parlamenten und Bundesregierungen auf allen denkbaren Ebenen für 2015 versprochenen 0,7% erreicht. Zwar haben die überproportionalen Anstiege beim „Frischen Geld“ die ab 2006 sinkenden Schuldenerlasse - von knapp 40% (2005) auf unter 2% (2009) - kompensiert, sie reichten aber nicht für einen weiteren Anstieg der Quote. Gingen die Steigerungen beim „Frischen Geld“ weiter, könnte man Hoffnung schöpfen. Aber es gibt seit Herbst 2009 neue, dem entgegenstehende Alarmzeichen:

Nicht neu ist, dass die Realisierungen weit hinter den Versprechen zurückbleiben. *Neu ist*, dass in den letzten Monaten in der Parlamentsmehrheit wie in der Regierung nicht mehr versucht wird, die Realität endlich der Verbalität anzugleichen, sondern umgekehrt die beschämende Realität als „Beweis“ dafür angegeben wird, dass man „frühere“ Versprechen (zuletzt im Koalitionsabkommen zwischen CDU, CSU und FDP im Herbst 2009 !) nicht einhalten könne.

Nicht neu ist, dass der Finanzminister in seinem Haushaltsentwurf (zu) niedrige Steigerungen für die Entwicklungsunterstützung ansetzt.

Neu ist jedoch, dass bereits vor und in der ersten Lesung des Haushalts 2010 der Entwicklungsminister und Entwicklungspolitiker aus den Regierungsfractionen „Verständnis“ äußerten, statt für die immer wieder zugesagten Mittel zu kämpfen.

Nicht neu ist, dass die Nichtregierungsorganisationen in der EZ am 0,7%-Ziel für spätestens 2015 festhalten.

¹ Die Official Development Assistance (ODA) ist die Summe der öffentlichen Leistungen, die nach Abzug evtl. Rückflüsse oder Tilgungen vom Development Assistance Committee (DAC) in der OECD als entwicklungsrelevant anerkannt sind.

Die ODA-Quote ist das Verhältnis der ODA-Leistungen zum BNE, dem Bruttonationaleinkommen.

Die vorläufigen Zahlen zu ODA und ODA-Quote eines Jahres werden von den 22 Mitgliedsländern normalerweise im März des Folgejahres an das DAC in Paris geschickt und kommen von dort Mitte April als „vorläufig anerkannt“ zurück. Die endgültigen Zahlen liegen erst im November vor.

Diese „Anerkannte ODA“ die man als „Netto-ODA“ bezeichnen kann, wird in fast allen Quellen ohne Ergänzung als „die ODA“ bezeichnet und behandelt, auch dann, wenn der prozentuale Anteil von einzelnen ODA-Leistungen ins Verhältnis zur „ODA“ gesetzt wird. Das ist unproblematisch, wenn in einem Jahr keine oder keine größeren Rückflüsse, Tilgungen o. ä. anfallen (wie zuletzt 2000 und 2001).

Gibt es aber größere Rückflüsse (wie seit 2002), so addieren sich die Anteile von Einzelleistungen an der „Anerkannten“ oder „Netto-ODA“ auf über 100%. Aussagekräftiger sind da die Anteile an der Summe der in einem Jahr erbrachten Leistungen vor dem Abzug. Diese bezeichnen wir im folgenden als „Brutto-ODA“.

Das gilt für den Text wie die Tabellen.

² „Alles in ODA [o : d a] ?“ Bonn (Germanwatch) Juni 2008

Neu ist dagegen, dass einige verdiente, aber frustrierte frühere Mitarbeiter in der Außen- und Entwicklungspolitik 2008 einen „radikalen Wandel in der Entwicklungshilfe“ (*sic!*), u. a. eine Abkehr vom 0,7%-Ziel, gefordert und dass viele respektable Personen diesen Aufruf unterschrieben haben, um - wie einer auf die irritierte Frage nach dem „Warum?“ äußerte - „endlich mal aufzurütteln.“

„*Ein völliges Novum schließlich ist*, dass ein Abteilungsleiter eines wichtigen entwicklungspolitischen Instituts sich Anfang Mai 2010 zu der schriftlichen Aussage veranlasst sah: „Die von der OECD kürzlich veröffentlichten Zahlen zur Entwicklungshilfe (*sic!*) der OECD-Länder (*sic!*, richtig: DAC-Länder) zeigen, dass die Zusagen aus den Zeiten vor der Finanzkrise nicht eingehalten werden können.“ Seltsame „Beweisführung“ für einen Wissenschaftler. Die Zahlen zeigen, dass die Zusagen nicht eingehalten werden. Er hätte vielleicht darauf hinweisen sollen, dass die Nichteinhaltung auch auf mangelnden politischen Willen zurückgeführt werden kann - zumal fünf der 22 Mitglieder des DAC (Schweden, Norwegen, Dänemark, Niederlande und Luxemburg) bereits seit mehreren Jahrzehnten weit über dem 0,7%-Ziel liegen, lange vor der Finanzkrise und auch heute noch.

Neue Hoffnung keimt auf, weil sich seit Ende Mai eine große Mehrheit für die Einführung der Finanztransaktionssteuer - global oder auch nur auf EU-Ebene - abzeichnet.

Diese in manchen Bereichen stark veränderte Situation hat uns veranlasst, die erst für 2011 geplante Fortschreibung und Neubearbeitung der ODA-Studie vorzuziehen.

Einen eigenen Abschnitt haben wir diesmal den „Unglaublichen Billionen, die in die Entwicklungsländer geflossen sind“ eingeräumt und einige Überlegungen zur Transaktionssteuer und der möglichen Verwendung ihrer Erträge hinzugefügt.

Die Betrachtung und der Vergleich der Anteile bilateraler und multilateraler ODA mit den relevanten „Grundpositionen“ der gerade vorherrschenden Regierungsparteien bringt weiterhin keinerlei Erkenntnisgewinn. Deshalb werden wir uns auch diesmal nicht an dieser ideologisch aufgeladenen Debatte beteiligen.

Für andere wichtige Rahmendaten, etwa zur nationalen, regionalen oder sektoralen Verteilung der Mittel, die für unsere Studie nicht prioritär sind, verweisen wir erneut auf die weiter verbesserten und vereinfachten Internetauftritte von OECD (DAC) und BMZ sowie die - auf hohem Niveau kritischen - jährlichen Berichte „Die Wirklichkeit der Entwicklungshilfe“ von terre des hommes und Welthungerhilfe.

Die Gleichung aufzustellen: „Mehr Geld = Mehr Entwicklung“, wäre töricht. Nicht weniger töricht ist es allerdings zu behaupten, „Entwicklung“ brauche Pläne und Eigeninitiative, aber kein Geld - insbesondere keins „von außen“. In allen Ländern der Erde, ob reich oder arm, gilt: „*Politik macht man mit Inhalt und Haushalt.*“ Wir haben uns auch diesmal auf die viel zu wenig erörterten „Haushaltsfragen“ beschränkt und wichtige Diskussionen, wie die über „good governance“, Korruption und andere wesentliche Inhalte, nur gestreift.

Wir danken den Statistikern beim DAC und bei den deutschen Stellen für ihre erneute Unterstützung. Der Evangelische Entwicklungsdienst (eed) und Misereor hielten die Neubearbeitung der ODA-Studie für nützlich und waren deshalb zu einer wesentlichen Beteiligung an der Finanzierung der Studie bereit. Dafür sind wir dankbar.

A) Der politische und finanzielle Rahmen

„Ungeachtet der derzeitigen finanziellen Engpässe soll das 0,7%-Ziel weiter verfolgt werden.“ Diese Empfehlung an die Bundesregierung hat auf Vorschlag des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit (AwZ) der Bundestag am 5. März einstimmig beschlossen - leider nicht 2010, sondern 1982.³

Verbal gab es in der Offiziellen Entwicklungsunterstützung (ODA) 2005 einen wichtigen Fortschritt: Das 1970 in der UN-Vollversammlung gegebene, immer wieder erneuerte und nie eingehaltene Versprechen, „bis zur Mitte der Dekade“ (also 1975)⁴ 0,7% des Bruttonationaleinkommens (BNE) für die Entwicklungsfinanzierung aufzuwenden, wurde mit klaren zeitlichen Vorgaben verbunden: Bis 2010 sollten 0,51% erreicht werden und die versprochenen 0,7% dann endlich 2015. Diese europäische Vorgabe wurde im Frühjahr 2005 noch von der rot-grünen Regierung auch für Deutschland verbindlich anerkannt. Sie wurde nach der Wahl in die Koalitionsvereinbarung von CDU, CSU und SPD übernommen, mehrfach im Parlament, in der EU sowie auf internationalen Gipfeln bekräftigt und zuletzt - schon mitten in der Finanzkrise - in der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU, CSU und FDP vom Herbst 2009 bestätigt. Sie ist also offiziell verbindlicher Teil bundesdeutscher Politik.

Real gab es ebenfalls eine Verbesserung: Das bereits in der Koalitionsvereinbarung von 1998 festgeschriebene Ziel, den Abwärtstrend bei der ODA-Quote (von 1983: 0,47% auf 0,26% im Jahr 1998) *umzukehren*, wurde ab 2005 (0,36%) endlich sichtbar, und das sogar - abgeflacht - auch dann, wenn man die seit 2002 absolut wie anteilmäßig stark gestiegenen Schuldenerlasse herausrechnet.⁵ Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Bundesrepublik, sogar bei Hintanstellung aller Bedenken gegen einige Zurechnungen, nach dem Rückfall auf 0,35% im Jahr 2009 nur die Hälfte der für 2015 versprochenen ODA-Quote erreicht hat. Die Schuldenerlasse sind - wie von uns in beiden Vorgängerstudien vorhergesehen - auf das Niveau vor 2002 zurückgefallen. Dass Deutschland dennoch nicht in das von uns vorausgesagte „Quotenloch“ gefallen ist, liegt vor allem an den beachtlichen Steigerungen beim „Frischen Geld“ im Haushalt des BMZ zwischen 2005 und 2009.⁶

Seit der Finanzkrise richtet sich die Hoffnung auf „Frisches Geld durch neue Finanzierungsquellen“ in steigendem Maße auf die „Finanztransaktionssteuer“. Aber je wahrscheinlicher eine Einführung wird, desto größer werden die Begehrlichkeiten von Haushältern und Finanzministern, die neuen Einnahmen ganz oder überwiegend zur Überwindung der Finanz- und Schuldenkrise zu verwenden, und nicht zur Armutsbekämpfung und zum Klimaschutz, wie von den NRO seit vielen Jahren gefordert wurde - offiziell „geduldet“, solange die Verwirklichung illusorisch erschien.

³ Das war das Jahr der größten Einigkeit in der Entwicklungspolitik. Es war auch neben 1983 das Jahr mit der bis heute höchsten deutschen ODA-Quote: 0,47%. In der mittelfristigen Finanzplanung waren weitere erhebliche Steigerungen vorgesehen: Damals war der Politische Wille bei allen Akteuren vorhanden. Zur weiteren Entwicklung mit dem hartnäckigen Tief bei 0,26% (seit 1998) s. Grafik 1

⁴ Jahrzehntelang hat ein Autor vom anderen (wir auch) die falsche Behauptung abgeschrieben, es habe 1970 „keine zeitlichen Vorgaben“ gegeben. In der UN-Resolution 2626(XXV), (§ 43) heißt es jedoch: “Each economically advanced country will progressively increase its official development assistance to the developing countries and will exert its best efforts to reach a minimum net amount of 0.7 per cent of its gross national product at market prices by the middle of the Decade.” Also 1975!

⁵ siehe Grafik 2

⁶ siehe Tabelle 5

B) Zusammensetzung der ODA-Leistungen

Die Beschäftigung mit der ODA bei offiziellen Stellen wie bei Nichtregierungsorganisationen (NRO) hat sich in den letzten Jahren weiter verstärkt. Dadurch ist die anteilige Zuordnung der ODA-Leistungen zum Bundeshaushalt und seinen Einzelplänen, zum Bundesvermögen sowie zu den Beiträgen der Bundesländer und Gemeinden erneut transparenter geworden.

An der Etatisierung der Mittel für den Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) im Einzelplan 23 sowie der direkten Überweisung der anteiligen Beiträge der Bundesrepublik zum entwicklungsrelevanten Teil des EU-Haushalts durch den Finanzminister hat sich nichts geändert. Unverändert blieb auch die Verrechnung der Schuldenerlasse mit dem Bundesvermögen.

Das prozentuale Gewicht der verschiedenen „Herkunftsstellen“ in der Zusammensetzung der ODA hat sich allerdings stark verändert. Das gilt insbesondere für die „Studienplatzkosten“ und noch erheblich stärker für die Schuldenerlasse, deren Auf und Ab wir deshalb im folgenden unsere besondere Aufmerksamkeit schenken. In der Statistik gibt es nach 2003 im Jahr 2007 eine erneute Veränderung bei der Zurechnung von Verwaltungskosten der vom BMZ institutionell geförderten Organisationen. Die der KfW werden unter dieser Rubrik nicht mehr aufgeführt, sondern direkt bei der KfW eingestellt. Damit erscheinen die Verwaltungskosten seit 2007 um mehr als die Hälfte geringer; eine rein optische Verbesserung.

Auch wenn wir wieder keine absolute Klarheit bis ins letzte Detail garantieren können, kommen unsere Tabellen und Grafiken sowie die aus ihnen im folgenden hergeleiteten Aussagen u. E. der Klarheit ziemlich nahe.

1. „Frisches Geld“: Mittel für die Technische und Finanzielle Zusammenarbeit aus dem BMZ sowie EEF

Die Summe dieses für die Erreichung entwicklungspolitischer Ziele - wie etwa der Millennium Development Goals (MDG) - unabdingbar notwendigen „Frischen Geldes“, gelangte 2005 auf einen Tiefpunkt. Dem entspricht der prozentuale Anteil der BMZ-Mittel an der Brutto-ODA. Vor allem die seit 2005 gegenüber dem Gesamthaushalt überproportionalen Steigerungen im Einzelplan 23 haben dann aber zu einem starken Anwachsen des „Frischen Geldes“ geführt (Höhepunkte: 2008 mit 14,3% gegenüber 4,7% und 2009 mit 12,92% gegenüber nur 2,34% im Gesamthaushalt). Das reichte immerhin aus, die fast spiegelbildliche Entwicklung beim Schuldenerlass zu kompensieren; allerdings noch nicht dazu, die ODA-Quote weiter zu steigern.

Das Bild im Haushaltsplan für 2010 ist genau umgekehrt: Der vorgesehenen enormen Steigerung von 10,17% im Gesamthaushalt stehen nur 4,41% beim BMZ gegenüber. Betrug die Steigerung 2009 noch mehr als das Fünfeinhalbfache des Anstiegs des Gesamthaushalts, so liegt sie 2010 noch unter der Hälfte. Bei den heutigen Mehrheitsverhältnissen im Bundestag sieht es nicht danach aus, dass sich an dieser für die EZ längerfristig fatalen Entwicklung etwas ändern könnte.

2. Der ODA-Quote geht das virtuelle Geld aus: Die Schuldenerlasse zu Lasten des Bundesvermögens

Hier haben sich in den vergangenen zehn Jahren die für die ODA-Leistungen stärksten Ausschläge ergeben. Noch 2001 war die Position „Schuldenerlasse“ unter den ODA-Leistungen mit unter 4% eine der weniger wichtigen. Als dann aber nach erfolgreicher Erlassjahrkampagne der NRO - und der ebenso erfolgreichen Entschuldungsinitiative der deutschen Entwicklungsministerin 1999 auf dem Kölner G7-Gipfel - die Schuldenerlasse international und besonders auch in Deutschland endlich in Angriff genommen wurden, veränderte sich das schlagartig:

Mit 1 100 Mio. € oder knapp 18% wurde diese Position 2002 nach „dem BMZ“⁷ die zweitwichtigste. Als 2005 der Erlass der Irakschulden begann und dann auch noch der Erlass der Nigeriaschulden hinzukam, wurde der Schuldenerlass mit 39,15% an der anerkannten oder 34,04% an der Brutto-ODA für ein Jahr sogar zum quantitativ wichtigsten Bestandteil der deutschen ODA-Leistungen. In den Jahren 2006 (29,07%), 2007 (24,36%) und 2008 (23,53%) standen die Schuldenerlasse mit leicht fallender Tendenz wieder an zweiter Stelle. Im Jahr 2009 erfolgte dann „mangels Masse“ der von uns schon 2005 und 2008 vorhergesehene Absturz: Der Erlass von nur noch 102 Mio. Restschulden ließ den Anteil an der Brutto-ODA auf 1,19% oder ein Zwanzigstel des Vorjahres fallen. Der Abfall wäre weniger steil ausgefallen, wäre nicht der Erlass von rund 50 Mio. für die Demokratische Republik Kongo und ca. 250 Mio. für Liberia auf das kommende Jahr verschoben worden. Aber auch dann wäre mit rund 4,5% die Bedeutung der Erlasse auf das Niveau von vor 2002 zurückgegangen. Wegen der Verschiebung wird es im kommenden Jahr wahrscheinlich nochmals einen geringen Anstieg auf 3-4% geben. Aber danach wird es kaum noch wesentliche Erlasse geben, weil von Deutschland seit der Konferenz von Johannesburg 2000 an Least Developed Countries (LDC) nur noch Zuschüsse und keine Kredite vergeben werden, deren Erlasse man später für eine ODA-Steigerung verwenden könnte.

Dass die erheblichen Steigerungen im BMZ-Haushalt der letzten Jahre und die Erhöhungen des „Frischen Geldes“ nicht zu einer Erhöhung der ODA-Quote geführt, sondern nur den Absturz gemildert haben, ist der sichtbarste Beweis dafür, dass sich die Bundesregierung nicht an die Aufforderung von Monterrey 2002 gehalten hat, die Leistungen beim Schuldenerlass *nicht zu Lasten anderer „ODA-Positionen“* zu erbringen.⁸

Bei den europäischen NRO ist es zur Regel geworden, die Zurechnung der Schuldenerlasse zur ODA als „aufgebläht“ (inflated ODA) zu bezeichnen.⁹ Wir - und mit uns einige weitere NRO - haben uns nie dieser Bewertung angeschlossen. Denn so berechtigt die Klage ist, dass die Zusage von Monterrey nicht eingehalten wurde, so befremdlich ist es, die Erlasse *per se* als „aufgebläht“, also nach unserer Diktion als eigentlich nicht „ODA-anrechenbar“ zu bezeichnen; wurde doch die Erlassjahrkampagne von den entwicklungs-politischen NRO initiiert und auf staatlicher Ebene zum Erfolg geführt.

⁷ das sind die ODA-anrechenbaren Leistungen aus dem und über das BMZ aus dem Einzelplan 23

⁸ "We encourage donor countries to take steps to ensure that resources provided for debt relief do not detract from ODA resources intended to be available for developing countries."

⁹ So durchgehend in den ansonsten sehr verdienstvollen Broschüren zur ODA der DAC-Länder von CONCORD: Brüssel, Mai 2008 und 2009

3. Pauschalzahlung in das EU-Budget: Der Finanzminister überweist direkt nach Brüssel

Diese Zahlung war nach „dem BMZ“ bis 2001 die zweithöchste ODA-Leistung und ist es 2009 wieder geworden. In absoluten Zahlen lag diese Summe vor 2004 etwas unter 1 Mrd. €, seither knapp darüber, mit leicht steigender Tendenz. Der Anteil an der Brutto-ODA ist von 13,42% im Jahr 2004 ziemlich gleichförmig auf 10,86% im Jahr 2009 gefallen. In dieser Position ist nicht mit einschneidenden Änderungen zu rechnen; sie ist - außer in ihrer Höhe - wenig aufregend.

4. Nothilfe, Beiträge zu den UN, den UN-Fonds und Klimakosten: Die ODA-Leistungen anderer Ministerien

Der Anteil des Auswärtigen Amtes (AA) an der ODA (2000 mit 485,9 Mio. € noch 8,88%) hatte sich auf 345 Mio. € im Jahr 2006 verringert; der Anteil an der Brutto-ODA betrug nur noch 3,60%. Das lag zum einen an den seit 2003 deutlich verringerten Zuschüssen an die UN, zum anderen an dem erheblich gestiegenen prozentualen Anteil der Schuldenerlasse. Der absolute Anstieg bis 2008 und der des Anteils an der ODA (6,59%) ist bemerkenswert, liegt aber immer noch unter dem Anteil im Jahr 2000.

Die Begehrlichkeiten im AA, sich das BMZ einzuverleiben, spielten im Bundestagswahlkampf 2009 wieder eine - wenn auch vorwiegend auf die FDP beschränkte - Rolle. Um die Bemühungen des BMZ, die Zuständigkeit für die Nothilfe zu bekommen, ist es dagegen schon seit 2005 ruhig geworden. Sie waren - zumindest in der Öffentlichkeit - kaum noch wahrnehmbar. Diese in der Vergangenheit häufig brisanten - und für die Gestaltung von „Entwicklungspolitik“ höchst bedeutenden - Themen, führten nach der Wahl 2009 zu einem logisch nicht nachvollziehbaren überraschenden Ergebnis: Das BMZ wurde ausgerechnet mit dem bis dato Generalsekretär der FDP besetzt, der noch wenige Wochen zuvor vehement dessen Auflösung gefordert hatte.

Die Leistungen anderer Ministerien bestehen auch weiterhin hauptsächlich aus Beiträgen für UN-Sonderorganisationen.

Allerdings ist der in absoluten Zahlen immer noch geringe, aber prozentual hohe „ODA-Anstieg“ im Umweltministerium von Bedeutung für die Zukunft: Die dort auf die ODA angerechneten „Klimakosten“ (Vermeidung eines Anstiegs auf über 2°C und Anpassung an den unvermeidbaren Wandel) haben sich von 2007 auf 2008 mehr als vervierfacht (auf 82 Mio. €) und werden in den Folgejahren weiter steigen. Hier zeichnet sich zudem ein Konflikt ab mit dem BMZ, dessen neuer Minister schon in seinen ersten offiziellen Äußerungen beanspruchte, das BMZ sei „mit ungefähr einer Milliarde das eigentliche Klimaministerium“.¹⁰

¹⁰ siehe zu diesem Abschnitt auch: Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung: „Eigenständig und gemeinsam: Die Beiträge der Ressorts der Bundesregierung zur Entwicklungspolitik“, Berlin/Bonn (GKKE, Nr. 48) Juni 2009

5. Die „Leistung“ der Bundesländer: „Studienplatzkosten“ mit kleiner Beigabe

Die gesamten Leistungen der Bundesländer machten in den zehn Jahren von 1994 bis 2004 einen ständig steigenden Anteil an der bundesdeutschen ODA aus: 2004 um die 9% bei der Brutto-ODA und um 10% der Netto-ODA. Die Länder hatten scheinbar immer größere Anstrengungen zur Unterstützung von Entwicklungsländern unternommen. Bis 2008 ist der Anteil an der Brutto-ODA zwar auf 6,2% gesunken (an der Netto-ODA auf 7,11%); immer noch beachtlich. Wenn der Schein jedoch irgendwo trügt, dann hier; denn: Das starke Ungleichgewicht zwischen den beiden Positionen der ODA-Leistungen der Länder („Studienplatzkosten“ und „EZ“) hat sich seit 1994 erst verstärkt und dann stabilisiert. Die sogenannten „Studienplatzkosten“ sind von 79,5% im Jahr 1994 bis 2005 auf um 95% gestiegen und prozentual auf dieser Höhe geblieben (2008: 643 174 000 € oder 93,44%). Die überwiegend entwicklungsrelevanten „Traditionellen EZ-Maßnahmen“¹¹ dagegen, die 1994 noch über 20% der Länderleistung ausmachten, sind im Jahr 2005 bei 4,88% gelandet (38 191 000 €) und bewegen sich seitdem um 5% (2008: 45 126 000 € oder 6,56%).

Dabei ist nicht nur diese prozentuale Verschiebung bedauerlich. Es ist grundsätzlich und bei Beachtung der DAC-Richtlinien nicht hinnehmbar, dass Studienplatzkosten überhaupt auf die ODA angerechnet werden. Dort heißt es, dass sie (*imputed students costs*) nur dann anrechenbar seien, wenn sie in einem öffentlichen Haushalt „als solche“ (*as such*) aufgeführt wären. Das ist jedoch in keinem Haushalt auch nur eines Bundeslandes der Fall. Diese „Leistungen“ werden nirgendwo „als solche“ erwähnt und sind deshalb nicht anrechenbar. Außerdem scheint es unbestreitbar, dass die Bereitstellung von Studienplätzen für Studenten aus Entwicklungsländern dem Ansehen Deutschlands in der Welt (und der späteren Entwicklung seines Außenhandels) mehr zugute kommt als den Entwicklungsländern. Diese Studienplätze bereit zu stellen, liegt überwiegend in unserem eigenen nationalen Interesse.

Das sehen offensichtlich die meisten anderen DAC-Länder (22) ebenso und haben deshalb nie (10), nur einmal oder in sehr bescheidener Höhe (5) Studienplatzkosten gemeldet. *Bemerkenswert, dass die Länder, die über 0,7% liegen, dieses Ziel ohne die Anmeldung von „Studienplatzkosten“ erreicht oder gar überschritten haben.*

Bis 2006 hatten nur Frankreich und Deutschland hohe „Leistungen“ (zwischen 7 und 10% der ODA) geltend gemacht; dann folgten Portugal, Österreich und Kanada dem schlechten Beispiel; 2008 hat Griechenland mit 10,35% die Spitzenposition übernommen.¹²

Hinzu kommt, dass diese „Kosten“ auf höchst dubiose Weise von jeder Uni oder Fachhochschule unterschiedlich in eigener Verantwortung berechnet werden. Die Daten werden von keiner Stelle nachgeprüft. Sie sind ohnehin kaum nachprüfbar.¹³

¹¹ u. a. Förderung entwicklungspolitischer Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit von NRO, Stipendien und in geringem Maße Nothilfe in Entwicklungsländern

¹² zu Details siehe Tabelle 7

¹³ So werden für Geisteswissenschaftler relativ niedrige Kosten berechnet (z.B. 4 000 €; nur Orientierungsgröße), für Ingenieure und Naturwissenschaftler vielleicht 3fach höhere, für Veterinärmediziner vielleicht 4fach so hohe und für Humanmediziner z.B. 25 000 €. Die Gesamtsummen der Kosten in diesen Fächern werden auf Grundlage der Uni-Budgets durch die Gesamtzahl der Studierenden in den Fachbereichen geteilt und dann mit der Zahl der Studierenden aus Entwicklungsländern multipliziert. Da außer der vagen Größe „Plausibilität“ von keiner Stelle irgendeine Nachprüfung erfolgt, sind Fehlern, aber auch Manipulationen Tür und Tor geöffnet.

6. „Flüchtlingsentwicklung“: Ein ODA-Beitrag der Gemeinden?

Dies ist die skurrilste unter den „ODA-anrechenbaren“ Positionen. Die „Kosten für Flüchtlinge während des ersten Jahres ihres Aufenthalts im Zufluchtsland“ sind keine extra ausgewiesenen Kosten; sie werden aus den Sozialhaushalten der Gemeinden finanziert. Hier eine Entwicklungsrelevanz festzustellen, ist nur möglich, wenn man um viele (zu viele) Ecken herum denkt. Mit knapp 90 Mio. € machte diese „Leistung“ im Jahr 2001 immerhin 1,61% der „Brutto-ODA“ aus. Seitdem ist sie ständig zurückgegangen und kam 2007 mit gut 10 Mio. € auf nur noch 0,11% der Brutto-ODA. Daraus ließe sich der Schluss ziehen, dass man dieser Position keine zu große Aufmerksamkeit mehr widmen müsste. Der erneute Anstieg auf 0,52% im Jahr 2008 steht dem entgegen.

7. Anrechnung von Klimakosten auf die ODA-Quote: Ein Ausweg?

Es ist inzwischen Usus geworden, Kosten zur Vermeidung eines gefährlichen Klimawandels sowie zur Anpassung an nicht mehr vermeidbare Konsequenzen auf die ODA anzurechnen. Dieser Trend ist in den ODA-Zahlen für 2008 erst rudimentär sichtbar; er wird sich aber verstärken. Darauf deuten die Haushaltszahlen des BMU für 2009 und 2010 hin.

Diese Mittel¹⁴ zu erbringen, haben die Industrieländer auf verschiedenen Gipfeln und bei anderen Konferenzen versprochen. Wenn man die „Klimakosten“ dann auf die bisher durchschnittlich erreichten 0,31% aufrechnete, wäre das 0,7%-Ziel erreicht, ja sogar übertroffen. Schon das wäre die Anrechnung einmal erbrachter Leistungen auf zwei Versprechungen: ein unverfrorener Trick.

Es ist jedoch absehbar, dass die 0,7% dennoch nicht erreicht werden. Denn inzwischen hat die noch jungen Versprechungen im Klimabereich das gleiche Schicksal ereilt wie die alten immer wieder erneuerten Zusagen in der EZ. Sie werden nicht oder nur scheinbar eingehalten, indem man anderswo eingeplante oder ausgegebene Mittel umdeklariert und dann den „Zweiten Aufguss“ als Erfüllung eines neuen Versprechens ausgibt. Und das durchaus im Milliardenbereich.

Nun ist schwerlich zu leugnen, dass auch die „Klimagelder“ zur Unterstützung der Entwicklung in armen Ländern beitragen. Sie sind häufig kaum von „traditionellen EZ-Mitteln“ zu trennen, etwa wenn nach einer Naturkatastrophe im gleichen Gebiet Dämme erhöht, Not- und Wiederaufbauhilfe geleistet und dann Frühwarnsysteme errichtet werden. Es ist dann folgerichtig, die „Klimagelder“ „ODA-fähig“ zu machen.

Da aber die traditionellen Aufgaben der EZ nicht erledigt, sondern jahrzehntelang sträflich vernachlässigt worden sind, ergibt sich, dass „Klimagelder“ nicht einfach in die 0,7% eingerechnet werden können, sondern zusätzlich, *zusätzlich*, aufgebracht werden müssen. Wenn man zur Zielerreichung im Klimabereich etwa 0,5% des BNE aufwenden müsste und diese auf die ODA angerechnet werden sollen, dann muss das „Endziel der ODA“ also von 0,7% auf 1,2 Prozent des BNE angehoben - und des ungeachtet bis 2015 erreicht werden.

¹⁴ Die zuverlässiger werdenden Berechnungen hierzu in der Wissenschaft ergeben einen jährlichen Bedarf von ungefähr 0,5% des Bruttonationaleinkommens der Industrieländer.

C) Entscheidung über die weitere Verwendung

Im vorigen Abschnitt sind wir der Frage nachgegangen, woher die als ODA anerkannten Leistungen kommen und wohin sie in einem ersten Schritt fließen. Von dort laufen sie nicht automatisch weiter. Da werden vielmehr Entscheidungen getroffen, auf welchen Wegen und über welche Zwischenstationen die Mittel zu welchen Bedingungen den Endverbrauchern letzten Endes zugute kommen. Dabei entscheidet sich auch die Frage, ob die Verantwortlichen in Entwicklungsländern die Möglichkeit haben (mit) zu entscheiden, wie die Mittel eingesetzt werden und inwieweit sie demnach (mit-)verantwortlich sind für Erfolge oder Misserfolge.

1. Theorien

In den vorausgegangenen Studien haben wir dargestellt, wie sich in der deutschen offiziellen TZ die Einstellungen zu einer stärkeren (Mit-)Entscheidung der Partner verändert haben: Von zentralen rein deutschen Entscheidungen über „Selbstverständlich beteiligen wir (Subjekt) unsere Partner (Objekt) an der Planung“ zur Absichtserklärung in der Koalitionsvereinbarung von 2002: „Die Bundesregierung wird sicherstellen, dass Programme der Entwicklungszusammenarbeit von nationalen Entwicklungspfaden ausgehen.“ Dort sind unseres Wissens zum erstenmal in einem offiziellen Dokument die „Einheimischen“ nicht mehr das Objekt, sondern das Subjekt. Somit sind *ihre* Vorstellungen der Ausgangspunkt für Planungen und dann gemeinsames Überlegen und gemeinsames Handeln.¹⁵

Durch die „Paris Deklaration“ haben derartige Grundphilosophien einen starken Schub erhalten. Dass Entwicklungsländer die „ownership“ bei ihrer Entwicklung beanspruchen können und ausüben sollen, dass sie bei Richtungsentscheidungen „in the driver's seat“ sitzen müssen, ist inzwischen Bestandteil der allgemeinen Rhetorik und manchmal auch der Tat. Allerdings ist dabei nicht immer die Gefahr vermieden worden, die richtige Philosophie auch dann durchzusetzen (durchsetzen zu wollen), wenn Zweifel berechtigter erschienen, ob der Fahrer in der Lage wäre, (s)ein Fahrzeug zu führen, oder willens, es in Richtung „Volkswohl“ (good governance) zu lenken.

Das trifft insbesondere auf die „Budgethilfe“ zu, die wieder hoffähig geworden ist. Die Frage ist nicht unberechtigt, ob hier nicht in Anbetracht der richtigen Philosophie (und im Interesse eines schnelleren Mittelabflusses?) zu unkritisch hingesehen wird. Bei manchen europäischen NRO hat man den Eindruck, dass „Finanzkontrolle“ hier sogar als politisch nicht korrekt angesehen wird.¹⁶

¹⁵ Wir weisen auch in dieser Neubearbeitung nochmals darauf hin, dass die wichtigsten NRO, vorneweg Misereor und Brot für die Welt, sich schon Ende der 60er Jahre den auf Julius Nyerere zurückgehenden Grundsatz zu eigen gemacht hatten: „Man kann ein Volk nicht entwickeln. Ein Volk kann sich nur selbst entwickeln. Dabei kann man es (von außen) unterstützen.“ In der Befolgung dieses Grundsatzes war und ist der/das Einheimische eindeutig das Subjekt - wie übrigens auch in dem abgegriffenen Slogan „Hilfe zur Selbsthilfe“, der nur leider allzu oft nicht der Realität entsprach.

¹⁶ Auf einen entsprechenden Einwurf bei einer Konferenz europäischer NRO zu Fragen der Entwicklungsfinanzierung hieß es: „We have to put more trust into those governments,“ eine Aufforderung, der in Finanzfragen wohl keine europäische NRO ihrer eigenen Regierung gegenüber folgen würde. Hier drohen einige eiserne Grundsätze für die Verwendung öffentlicher Gelder verloren zu gehen.

2. Exkurs: Die Mythenbildung von den „Unglaublichen Billionen“

„Schließlich geben wir *denen* Jahr für Jahr mehrere Milliarden € und *die* machen nichts draus“. Die Notwendigkeit, gegen diese weit über Stammtische hinaus verbreitete Be- bzw. Verurteilung anzugehen, hat sich weiter verstärkt. Der in der Studie von 2008 näher behandelte furchtbare Artikel im „Vorwärts“ von Juni 2007 hat sich als fruchtbar erwiesen. Seine Grundtendenz: „Im Rausch des kollektiven Gutmenschentums“ komme es zu einer „liebesblinden Erhöhung von Entwicklungsgeldern“ und dabei flössen „*Unglaubliche* 2,3 Billionen Dollar ... in die armen Länder,“ - und die hätten nichts bewirkt. Diese Grundaussage findet immer mehr Nachplapperer, bietet sie doch eine hoch willkommene Entschuldigung, wenn die 0,7% nicht erreicht werden. Das war 2009 auch der Hintergrund für die Forderung der Bonnaufrüher an eine neue Bundesregierung: „Lassen Sie ab vom 0,7%-Geberziel weil es auf der irrigen Annahme beruht, mehr Geld bedeute mehr Entwicklung.“ Entwicklungsgelder verminderten nur Eigeninitiative und hätten dadurch viel Unheil angerichtet.

„Unglaubliche Billionen“ sind also in den Sand gesetzt worden? Man sollte vielleicht mal mit klarem Verstand rechnen: 2,3 (deutsche) Billionen US\$ haben die Industrieländer insgesamt in 50 Jahren ausgegeben, im Schnitt pro Jahr 46 Mrd. Die Zahl als solche ist richtig; in den ersten Jahren war es weniger, in den letzten Jahren um die 55-60 Mrd. Dollar. Das ist halb soviel, wie die Industrieländer seit 1970 immer wieder versprochen haben. Verteilt auf heute rund 100 „Empfängerländer“ sind das pro Land und Jahr 460 Mio. Dollar. Immer noch viel Geld „für Dich oder mich“, aber noch nicht einmal ein 500stel (!) eines deutschen Bundeshaushalts. Und dabei wurden diese Summen ja nicht nur *von uns* aufgebracht, sondern von etwa 30 „Geberländern“. Außerdem haben die Empfänger auf ca. ein Drittel dieser Leistungen keinen und auf den „Rest“ nur einen begrenzten Einfluss. „UNGLAUBLICH“ diese Irreführung.

3. Multilaterale Leistungen: Mehr Mitentscheidung?

Anhänger der Verstärkung multilateraler EZ argumentieren oft, die multilaterale Hilfe lasse den Entwicklungsländern einen größeren Entscheidungsspielraum als die bilaterale. Nationale Interessen der Industrieländer träten in den Hintergrund. Das trifft manchmal zu; aber wenn man die Interessen etwa der europäischen Agrarlobby in die Betrachtung einbezieht, gilt dieser Vorteil für Entwicklungsländer nur mit Einschränkungen. Das „beste“ Beispiel unter vielen ist der brutale Druck, den der IWF zwischen 2003 und 2005 auf die ghanaische Politik ausgeübt hat, die vom Parlament verabschiedeten neuen Zollbestimmungen wieder zurückzunehmen - mit „Erfolg“:

Zudem ist zu berücksichtigen, dass bei den Leistungen über die EU und die UN relativ hohe Verwaltungskosten anfallen (u. a. durch Übersetzungen und „Auslandsgehälter“). Geht man von etwa 20% aus, so sind das 2007 ungefähr 614 Mio. € oder rund 7% der deutschen ODA. Auf sie haben Entwicklungsländer keinen Einfluss.

Für eine verlässliche Einschätzung des Einflusses der Entwicklungsländer auf die Mittel für Entwicklungsmaßnahmen fehlen uns die Einsichten in das Innenleben von EU und UN, in den Zentralen wie in den Vertretungen in Entwicklungsländern.

a) Leistungen über die EU

Hier ist zu unterscheiden zwischen den Mitteln aus dem Europäischen Entwicklungsfonds (EEF), die - seit dem Ende der Kolonialzeit - aufgrund der Abkommen von Yaoundé, Lomé und Cotonou in ehemalige Kolonien von EU-Mitgliedern in Afrika, der Karibik und im Pazifik (AKP-Staaten) fließen, und Mitteln für Entwicklungsmaßnahmen in asiatischen und lateinamerikanischen Ländern, die aus dem EU-Haushalt stammen. Über den EEF bestimmt der Ministerrat, über den EU-Haushalt das EU-Parlament. „Exekutive“ für beide ist die Kommission. Das Parlament fordert für sich seit vielen Jahren die Zuständigkeit auch für den EEF, bisher vergebens.¹⁷ Weil die EU-Kommission sich stark für die Umsetzung der Paris Deklaration einsetzt, ist anzunehmen, dass der Einfluss der Entwicklungsländer hier eher größer ist als bei den Entscheidungen in Deutschland.

b) Leistungen über die UN

Wie bei der EU sind auch bei den über die UN laufenden Mitteln zwei Kategorien zu unterscheiden: Entwicklungsländerrelevante Zuschüsse an die UN und ihre Sonderorganisationen sowie die Beiträge zur Weltbank, zum Internationalen Währungsfonds und zu den Regionalen Entwicklungsbanken, deren Kapital in unregelmäßigen Abständen aufgefüllt wird.

Bei den Banken sind nur die Regierungen der Empfängerländer antragsberechtigt; über die Bewilligung entscheiden allein die Zentralen der Banken. Institutionen oder zivile Gruppen unterhalb der Regierungsebene haben keine Einflussmöglichkeiten. Bei der Weiterleitung der deutschen Zuschüsse durch das UN-System ist anzunehmen, dass der Einfluss der Regierungen und anderer Institutionen und Organisationen der Empfängerländer größer ist, zumal hier Resident Representatives, Freiwillige und Hauptamtliche der United Nations Volunteers (UNV) sowie die Vertreter des United Nations Development Programme (UNDP) im Empfängerland direkte Kontakte bis zur Basis haben.

4. Entscheidungen in Deutschland

a) Unerreichbar von außen: Zwischen 30% und 50% der Leistungen verblieben in den letzten Jahren in Deutschland

Regierungen, Gruppen oder einzelne Bürger in Entwicklungsländern hatten schon 2003 auf annähernd 30% der deutschen ODA-Leistungen (Verwaltungskosten, Studienplatzkosten, Flüchtlinge im 1. Jahr, Schuldenerlasse) keinen Einfluss. Diese Tendenz hat sich auf dem Höhepunkt der Schuldenerlasse noch verstärkt: 2005 blieben 43,63% der Brutto- und sogar 50,15% der Netto-ODA in Deutschland, standen also zur Erreichung entwicklungspolitischer Ziele nicht zur Verfügung. Diese beiden Werte haben sich schrittweise bis 2008 auf 27,57% bzw. 31,48% verringert. Nach 2009 wird der Wert stärker sinken, weil die Schuldenerlasse dann auslaufen.

¹⁷ Die Verhandlungen über eine Ersetzung des EEF durch die verschiedenen EPA-Abkommen (Economic Partnership Agreements), die Ende 2007 abgeschlossen und umgesetzt sein sollten, aber trotz massiven Drucks von Seiten der EU noch immer in der Schwebe sind (außer Karibik), haben auch 2010 auf die von uns betrachtete Zeitspanne noch keinen Einfluss.

b) Die entwicklungsrelevanten Mittel: Mitentscheidung der Empfänger?

Bei der bilateralen TZ und FZ hat das BMZ die einfachste Möglichkeit, einheimischen Regierungen eine weitgehende „Bestimmung der Entwicklungspfade“ einzuräumen; hier sind sie nicht von etwaigen zentralistischen Tendenzen supranationaler Institutionen abhängig. Der stark gestiegene Anteil der Schuldenerlasse 2005 senkte den Satz der TZ plus FZ auf 32,42%. Seit 2006 ist dieser Anteil wieder gestiegen, eine Tendenz, die sich bis 2008 verstetigt hat und in den kommenden Jahren verstärkt fortsetzen wird. Dafür spricht auch der starke, gegenüber dem Gesamthaushalt überproportionale, Anstieg des Einzelplans 23 zwischen 2005 und 2009 (13,23% gegenüber 2,34%). Im laufenden Haushalt 2010 hat sich das allerdings umgekehrt.

Auf die Verlagerung von Entscheidungskompetenzen bei GTZ und KfW in die regionalen oder nationalen Büros vor Ort haben wir bereits in den Vorgängerstudien hingewiesen, ebenso auf die anscheinend wachsende Bereitschaft deutscher Verantwortlicher, die theoretischen Überlegungen auch in die Praxis umzusetzen.

Neu ist, dass neben China, Indien und Brasilien nun auch „arme“ Entwicklungsländer nicht mehr bereit sind, die große Kluft zwischen entwicklungslandfreundlicher Rhetorik und egoistischem Verhalten der Industrieländer einfach zu akzeptieren. Exemplarisch deutlich wurde das in den stecken gebliebenen EPA-Verhandlungen (s. o.).

c) Der Fall Budgethilfe: Selbstbestimmung der Empfänger?

Budgethilfe ist die Art von „Öffentlicher Entwicklungsunterstützung“, bei der die Empfänger das höchste Maß an Selbstbestimmung ausüben könn(t)en. Im Idealfall fließen diese Mittel genau so wie Steuern, Zölle und andere interne Einnahmen in den einen Haushalt, mit dem der Finanzminister die Ausgaben des Budgets bestreitet. Im Idealfall kommt ein mit der Haushaltshoheit ausgestattetes Parlament hinzu und - im Nachhinein - eine unserem Rechnungshof vergleichbare Institution. Dieser Idealzustand ist nur selten anzutreffen. Dann ist Budgethilfe besonders „korruptionsanfällig“. Er wird von den meisten Gebern auch kaum herbeigeseht, weil diese sich eine „parlamentarische Kontrolle“ (durch *ihr* Parlament) erhalten wollen.

Schon in der Paris Deklaration ist die „Wechselseitige Rechenschaftslegung“ eines von fünf Prinzipien und das BMZ spricht gern von „Programmorientierter Gemeinschaftsfinanzierung“ (PGF), die EU u. a. von „Sectoral Budget Support“, alles Qualifizierungen, die dem Grundanliegen einer echten Budgethilfe widersprechen. Der gleiche Widerspruch bestimmt das Gutachten, das der Bundesrechnungshof auf Anforderung des Haushaltsausschusses im März 2008 veröffentlicht hat: Budgethilfe wird grundsätzlich begrüßt, aber die parlamentarische Kontrolle dürfe nicht ausgehebelt werden; wobei mit „Parlament“ wie selbstverständlich der Bundestag gemeint ist, nicht ein „einheimisches“.

Im „Memorandum 2009“ haben wir dazu festgestellt: „Budgethilfe darf nur an solche Staaten vergeben werden, in denen der Haushalt in einem legitimierten Parlament diskutiert und verabschiedet sowie die Haushaltsführung von einer regierungsunabhängigen Institution ex-post kontrolliert wird. Es ist fraglich, ob die 40 Staaten, die von der EU ‚Budgethilfe‘ genannte Unterstützung erhalten, diese Voraussetzungen erfüllen. Zweifelsfrei ist das auch nicht bei den zwölf Staaten, die von der Bundesrepublik durch ‚Budgethilfe‘ unterstützt werden. Die Bemühungen in der deutschen offiziellen EZ, Budgethilfe neu zu definieren, um versprochene Quoten zu erreichen, beseitigen diese Bedenken nicht.“ Dem ist nichts hinzuzufügen.

D) Fazit und Ausblick

Der steile Anstieg der Schuldenerlasse hatte 2005, erstmals seit der Wiedervereinigung 1990, zu einem wesentlichen Anstieg der ODA-Quote geführt (von 0,28% auf 0,36%). Die überproportionale Erhöhung des Einzelplans 23 (BMZ-Haushalt) bis einschließlich 2009 verhinderte in den Folgejahren trotz geringer werdender Schuldenerlasse ein Absinken (2008: 0,38%) und 2009 den Absturz in das von uns vorhergesagte „Quotenloch“. Dass sie dennoch auf 0,35%¹⁸ zurückging, ist auf eine Verschiebung Ende 2009 von 800 Mio. € in den Haushalt 2010 zurückzuführen. Ohne die Verschiebung wäre die Quote bei 0,38% geblieben.¹⁹ Das könnte Hoffnungen wecken auf eine Erfüllung der Zusagen, hätte es nicht die „Wende“ nach der Bundestagswahl 2009 gegeben. Die (begründbare) Hoffnung ist einer starken Verunsicherung gewichen. Das Zwischenziel 0,51% für die ODA-Quote 2010 ist bereits „verschoben worden, 2015 erscheinen deshalb die bisher noch nicht widerrufenen 0,7% unerreichbar.

Die einzige realistische Möglichkeit bleibt die Hoffnung auf die seit vielen Jahren vergeblich geforderte Erschließung neuer Finanzierungsquellen. Die Finanzkrise hat in den letzten Monaten zu erstaunlichen Entwicklungen geführt, u. a. zu der nach der Rede von Wolfgang Schäuble am 21. Mai 2010 nicht mehr irrealen Erwartung, dass die Finanztransaktionssteuer (wahrscheinlichste Höhe 0,05% auf alle Transaktionen) eingeführt wird, auf welcher Ebene auch immer. Dazu das sehr breite NRO-Bündnis für die Kampagne „Steuer gegen Armut“ am 29. Mai 2010 in Nürnberg: „Die Bewältigung der Weltfinanzkrise erfordert eine Reihe von Instrumenten, davon ist die Finanztransaktionssteuer aus unserer Sicht das beste, weil es Spekulation bekämpft, eine Lenkungswirkung hat, schnell und einfach umsetzbar, wissenschaftlich besser erforscht/fundiert ist und mehr Einkommen generiert als die Alternativen.“²⁰

Dabei ist keineswegs sichergestellt, dass die Erträge aus der FTS (nur oder überhaupt) dem Entwicklungs- und dem Klimabereich zugute kommen, obwohl doch die Forderung auf ihre Einführung bisher nur hier erhoben wurde. Die Krise lässt nicht nur die Einführung möglich erscheinen, sie ruft auch die mächtigen Haushälter und Finanzminister auf den Plan, die solche neuen Mittel für die Schließung von Haushaltslöchern und zum Schuldenabbau nutzen wollen. Sich dem völlig zu verschließen, wäre aussichtslos. Dazu das Bündnis: „Wir fordern, dass das eingenommene Geld ausgegeben wird für die Bekämpfung weltweiter Armut, die Bekämpfung der Folgen des Klimawandels und die Bewältigung der Folgen der Weltwirtschaftskrise bei uns.“ Realisten!

Wichtigste Aufgabe im Bereich der Entwicklungsfinanzierung bleibt jedoch, die Zusagen und Verpflichtungen (Verbalität) endlich Realität werden zu lassen:

“To reach our goals does not require new pledges from donor countries, but meeting pledges already made ... The world must move from an era of legislation to implementation” (Kofi Annan)

¹⁸ Wäre das BNE 2009 nicht zurückgegangen, wären es nur noch 0,34% gewesen.

¹⁹ Die Verschiebung führte zu einer scharfen Auseinandersetzung mit oppositionellen Entwicklungspolitikern, die dem Minister vorwarfen, er habe die Verschiebung willkürlich herbeigeführt, um die Verringerung der ODA-Quote 2009 der alten Regierung vorwerfen und den daraus folgenden Anstieg 2010 als sein Verdienst hinstellen zu können. Das BMZ wies dies mit Empörung zurück und führte die Verhinderung auf noch nicht abgeschlossene Verhandlungen mit dem IWF zurück. Das erscheint plausibel für die 500 Mio. die in den „Clean Technology Fund“ fließen sollen, weniger für die 300 Mio. Schuldenerlass, die für DR Kongo (50) und Liberia (500) vorgesehen waren.

²⁰ Dadurch erhalten Bankenabgabe und Finanzaktivitätssteuer eine eindeutig sekundäre Bedeutung, ohne dass ihr Eigenwert als additive, nicht alternative, Instrumente in Frage gestellt wird.

Tabellen und Grafiken

Vorbemerkungen

1. Da sie auch zum Verständnis der Tabellen erforderlich ist, erläutern wir zunächst noch einmal die von uns gebrauchten Definitionen für die verschiedenen „Arten“ von ODA:

Die ODA-Quote ist das Verhältnis der *ODA-Leistungen* zum BNE, dem Bruttonationaleinkommen, das seit 1998 international an die Stelle des Bruttosozialprodukts getreten ist.

Die vorläufigen Zahlen zu ODA und ODA-Quote eines Jahres werden von den 22 Mitgliedsländern normalerweise im März des Folgejahres an das DAC in Paris geschickt und kommen von dort Mitte April als „vorläufig anerkannt“ zurück. Die endgültigen Zahlen liegen erst im November vor.

Diese „*Anerkannte ODA*“ die man als „*Netto-ODA*“ bezeichnen kann, wird in fast allen Quellen ohne Ergänzung als „*die ODA*“ bezeichnet und behandelt, auch dann, wenn der prozentuale Anteil von einzelnen ODA-Leistungen ins Verhältnis zur „ODA“ gesetzt wird. Das ist unproblematisch, wenn in einem Jahr keine oder keine größeren Rückflüsse, Tilgungen o. ä. anfallen (wie zuletzt 2000 und 2001).

Gibt es aber größere Rückflüsse (wie seit 2002), so addieren sich die Anteile von Einzelleistungen an der „Anerkannten“ oder „Netto-ODA“ auf über 100%. Aussagekräftiger sind da die Anteile an der Summe der in einem Jahr erbrachten Leistungen vor dem Abzug. Diese bezeichnen wir im folgenden als „*Brutto-ODA*“. Das gilt für den Text wie die Tabellen.

2. Die Zahlen sind normalerweise auf der Tausenderstelle gerundet, teilweise - weil die exakteren Daten nicht vorlagen - auf der Hunderttausenderstelle. Hierbei können sich Rundungsdifferenzen ergeben.
3. Bei einzelnen „Leistungen an die UN“ fehlen uns Detailangaben, die nur mit zeitökonomisch nicht zu vertretenden Anstrengungen, zu schaffen wären.

Tabelle 1

ODA Rahmendaten für die Jahre 2003 bis 2009

in 1000 €

Jahr	2003		2004		2005		2006		2007		2008		2009 (vorläufig)	
	absolut	%ODA												
Anerkannte ODA	6 004 675	100	6 064 288	100	8 112 107	100	8 313 414	100	8 978 356	100	9 692 937	100	8 604 576	100
Bilateral	3 593 320	59,84	3 076 805	50,74	5 991 720	73,86	5 604 051	67,41	5 807 336	64,68	6 283 156	64,82	5 026 111	58,41
TZ (BMZ / über BMZ)	1 312 692	21,86	1 276 829	21,05	1 410 460	17,39	1 465 782	17,63	1 535 807	17,11	1 638 871	16,91		
FZ														
FZ brutto	1 026 004	17,09	1 115 900	18,40	1 219 562	15,03	1 520 059	18,28	1 654 728	18,43	2 040 407	21,05		
Tilgungen/Erlöse	-1 092 616	-18,20	-1 138 446	-18,77	-1 217 129	-15,00	-1 286 258	-15,47	-1 019 681	-11,36	-1 372 996	-14,16		
Sonstiges														
Bundesländer	606 788	10,11	665 769	11,00	782 822	9,65	764 185	9,19	745 715	8,31	688 256	7,10		
Schuldenerlasse	1 225 857	20,42	667 667	11,01	3 175 559	39,15	2 417 023	29,07	2 186 951	24,36	2 280 736	23,53	102 214	1,19
1. Flüchtlingsjahr	22 145	0,37	12 419	0,20	14 064	0,17	14 691	0,18	10 312	0,11	50 874	0,52		
Anderes	492 448	8,20	476 667	7,86	606 382	7,48	708 569	8,52	693 504	7,72	957 009	9,87		
Multilateral	2 411 355	40,16	2 987 484	49,26	2 120 387	26,14	2 709 363	32,59	3 171 020	35,32	3 409 774	35,18	3 578 471	41,59
davon an/über:														
EU	1 419 329	23,64	1 513 904	24,96	1 773 998	21,87	1 711 527	20,59	1 791 383	19,95	1 949 961	20,12	2 076 034	24,13
UN+globale Fazilitäten	427 990	7,13	412 842	6,81	303 084	3,74	284 837	3,43	446 321	4,97	485 137	5,01		
Weltbankgruppe	434 628	7,24	923 880	15,23	0	0	471 160	5,67	801 432	8,93	787 443	8,12		
Regionale E-Banken	129 393	2,15	136 857	2,26	43 304	0,53	241 846	2,91	131 884	1,47	187 233	1,93		
BNE in <u>Mrd.</u> (!) €	2 114,18		2 196,7		2 251,2		2 335,0		2 446,8		2 536,99		2 450,40	
ODA-Quote*	0,28%		0,28%		0,36%		0,36%		0,37%		0,38%		**0,35%	

*Die Zielgröße 0,7% wurde 1970 in der UN-Vollversammlung versprochen. Bei korrekter Betrachtung der derzeitigen Quoten müsste berücksichtigt werden, dass Verwaltungskosten (1979), Studienplatzkosten (1984) und Kosten für Flüchtlinge im ersten Jahr in D (1994) erst nach dem Versprechen „ODA-fähig“ wurden (zu deren Höhe s. Tab 2 und 3). Ohne sie wäre in den hier betrachteten Jahren die ODA-Quote um 0,03% bis 0,05% niedriger geblieben.

**Erläuterungen zu diesem Rückgang im Textteil.

Tabelle 2

"Herkunft" und "Erstempfänger" der ODA-Leistungen im Jahresvergleich 2003 bis 2009

in 1000€

Jahr „Herkunft“	2003		2004		2005		2006		2007		2008		2009		
	absolut	%von B-ODA* (N-ODA)	absolut	%von B-ODA* (N-ODA)	absolut	%von B-ODA* (N-ODA)	absolut	%von B-ODA* (N-ODA)	absolut	%von B-ODA* (N-ODA)	absolut	%von B-ODA* (N-ODA)	absolut	%von B-ODA* (N-ODA)	
BMZ: EZ-Mittel, inklusive. EEF Verwaltungskosten	3 630 248	51,15 (60,46)	4 186 036	58,06 (69,03)	3 371 189	36,14 (41,56)	4 100 400	42,71 (49,32)	4 677 258	46,78 (52,09)	5 141 796	46,47 (53,05)			
	132 328	1,86 (2,20)	135 154	1,87 (2,23)	134 151	1,44 (1,65)	151 437	1,58 (1,82)	161 042	1,61 (1,79)	**76 104	**0,69 (0,79)			
Bundshaushalt, in den EU-Haushalt	905 410	12,76 (15,08)	967 280	13,42 (15,95)	1 156 922	12,40 (14,26)	1 087 812	11,33 (13,09)	1 122 100	11,22 (12,50)	1 201 900	10,86 (12,40)			
Auswärtiges Amt	298 208	4,2 (4,97)	232 808	3,23 (3,84)	278 452	2,98 (3,43)	345 330	3,60 (4,15)	359 900	3,60 (4,01)	636 100	5,75 (6,56)			
Bundesumweltmini- sterium	Bis einschließlich 2006 unter "Andere Ministerien"									15 600	0,16 (0,17)	82 000	0,74 (0,85)		
Andere Ministerien	97 471	1,37 (1,62)	143 741	1,99 (2,37)	192 716	2,07 (2,38)	255 976	2,67 (3,08)	193 500	1,94 (2,16)	212 500	1,92 (2,19)			
Bundesvermögen wg. Schuldenerlass	1 225 857	17,27 (20,42)	673 113	9,34 (11,10)	3 175 559	34,04 (39,15)	2 417 023	25,18 (29,07)	2 186 951	21,87 (24,36)	2 280 736	20,61 (23,53)	102 214	(1,19)	
Bundesländer: (Studienplatzkosten)	557 022	7,85 (9,28)	623 260	8,64 (10,28)	744 631	7,98 (9,18)	716 971	7,47 (8,62)	700 797	7,01 (7,81)	643 174	5,81 (6,64)			
Bundesländer: (EZ, Not und NRO)	49 767	0,70 (0,83)	37 063	0,51 (0,61)	38 191	0,41 (0,47)	47 214	0,49 (0,57)	44 903	0,45 (0,50)	45 126	0,41 (0,47)			
Gemeinden: 1. Flüchtlingsjahr in D.	22 147	0,31 (0,37)	12 418	0,17 (0,20)	14 065	0,15 (0,17)	14 693	0,15 (0,18)	10 312	0,10 (0,11)	50 874	0,46 (0,52)			
Anderes (inklusive Marktmittel)	178 834	2,52 (2,98)	198 614	2,75 (3,28)	223 359	2,39 (2,75)	462 815	4,92 (5,57)	525 674	5,26 (5,85)	695 623	6,29 (7,18)			
"Brutto-ODA": = ohne Tilgungen	7 097 292	100 (118,21)	7 209 487	100 (118,89)	9 329 235	100 (115,00)	9 599 671	100 (115,47)	9 998 037	100 (111,36)	11 065 933	100 (114,16)			
Tilgungen und Rückflüsse	-1 092 616	(-18,21)	-1 145 200	(-18,89)	-1 217 129	(-15,00)	-1 286 258	(-15,47)	-1 019 681	(-11,36)	-1 372 996	(-14,16)			
Anerkannte ODA ="Netto-ODA"	6 004 676	(100)	6 064 288	(100)	8 112 107	(100)	8 313 414	(100)	8 978 356	(100)	9 692 937	(100)	8 604 576		

* Von der Summe aller ODA-anrechenbaren Leistungen (Brutto-ODA) zieht das DAC Rückflüsse/Tilgungen ab und erklärt die Differenz zur offiziell, anerkannten ODA (Netto-ODA). In den meisten Texten werden Prozentwerte von ODA-Einzelleistungen ermittelt, indem man sie ins Verhältnis zur anerkannten ODA stellt. Dies ist irreführend, weil sich die Anteile dann auf über 100% addieren. Sinnvoller ist es, sie ins Verhältnis zur Brutto-ODA zu stellen.

**Die Reduzierung um mehr als die Hälfte gegenüber 2007 ist darauf zurückzuführen, dass die Verwaltungskosten der KfW jetzt in deren Haushalt eingestellt sind.

Tabelle 3

"Entscheidungsstellen" für die weitere Verwendung der Mittel

in 1000 €

Jahr	2003		2004		2005		2006		2007		2008		2009 vorläufig	
	absolut	% von Brutto-ODA	absolut	% von Brutto-ODA	absolut	% von Brutto-ODA	absolut	% von Brutto-ODA	absolut	% von Brutto-ODA	absolut	% von Brutto-ODA	absolut	% von Netto-ODA
Verbleib in Deutschland	1 937 354	27,26	1 443 945	20,03	4 068 406	43,61	3 300 124	34,38	3 059 102	30,60	3 050 888	27,57		
Verwaltungskosten	132 328	1,86	135 154	1,87	134 151	1,44	151 437	1,58	161 042	1,61	*76 104	0,69		
Studienplatzkosten	557 022	7,84	623 260	8,64	744 631	7,98	716 971	7,47	700 797	7,01	643 174	5,81		
Flüchtlinge 1. Jahr	22 147	0,31	12 418	0,17	14 065	0,15	14 693	0,15	10 312	0,10	50 874	0,46		
Schuldenerlass	1 225 857	17,25	673 113	9,34	3 175 559	34,04	2 417 023	25,18	2 186 951	21,87	2 280 736	20,61	102 214	1,19
Entscheidungen	Weitere Entscheidungen zur "Vergabe" fallen in Deutschland (TZ und FZ), in der EU (EEF und Haushalt) sowie im UN-System. Auf diese Entscheidungen haben Entwicklungsländer einen gewissen Einfluss, über dessen Gewicht man Mutmaßungen (siehe Text) anstellen, die man aber nicht in konkrete Zahlen fassen kann. Um gar nicht erst den Eindruck von "Exaktheit" entstehen zu lassen, wo es keine gibt, haben wir diese Zahlen im Gegensatz zu den Studien von 2005 und 2008 hier weggelassen.													
„Brutto-ODA“	7 106 193	100	7 209 487	100	9 329 235	100	9 599 672	100	9 998 037	100	11 065 933	100		
Tilgungen	-1 101 517		-1 145 200		-1 217 129		-1 286 258		-1 019 681		-1 372 996			
Anerkannte ODA ="Netto-ODA"	6 004 676		6 064 288		8 112 107		8 313 414		8 978 356		9 692 937		8 604 576	

*Die Reduzierung um mehr als die Hälfte ist darauf zurückzuführen, dass die bisher hier verorteten Verwaltungskosten der KfW jetzt in deren Haushalt eingestellt sind.

Tabelle 4

Verfügung über "Frisches Geld" beim BMZ* und bei der EU-(Kommission und Parlament)** 2003 bis 2009

in 1000€

Jahr	2003		2004		2005		2006		2007		2008	
	absolut	% Brutto-ODA										
Beim BMZ	2 402 296	33,81%	2 368 673	32,85%	2 707 570	29,02%	2 770 400	28,86%	2 943 532	29,44%	3 291 466	29,74%
(TZ)	(1 312 692)	(18,47%)	(1 276 829)	(17,71%)	(1 410 460)	(15,12%)	(1 465 782)	(15,27%)	(1 535 807)	(15,36%)	(1 638 871)	(14,81%)
(FZ Zuschüsse)	(575 684)	(8,10%)	(545 220)	(7,56%)	(680 036)	(7,29%)	(680 906)	(7,09%)	(738 525)	(7,39%)	(904 495)	(8,17%)
(EEF)	(513 920)	(7,23%)	(546 624)	(7,58%)	(617 074)	(6,61%)	(623 712)	(6,50%)	(669 200)	(6,69%)	(748 100)	(6,76%)
Im EU-Haushalt	905 410	12,74%	967 280	13,42%	1 156 922	12,40%	1 087 812	11,33%	1 122 100	11,22%	1 201 900	10,86%
Summe	3 307 706	46,55%	3 335 953	46,27%	3 864 492	41,42%	3 858 212	40,19%	4 065 632	40,66%	4 493 366	40,61%
"Brutto-ODA"	7 106 193		7 209 487		9 329 235		9 599 671		9 998 037		11 065 933	
Anerkannte ODA	6 004 676		6 064 288		8 112 107		8 313 414		8 978 356		9 692 937	

*Großteil der deutschen TZ und FZ; EEF beeinflusst über EU-Ministerrat.

**Zuschuss zum entwicklungsrelevanten Teil des EU-Haushalts

Tabelle 6

Die deutsche ODA-Quote im internationalen (DAC-) Vergleich 2000 bis 2009

Rangfolge nach den letzten endgültigen Quoten von 2008

		2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009 (vorläufig)
1.	Schweden	0,80	0,81	0,83	0,79	0,78	0,94	1,02	0,93	0,98	1,12
2.	Luxemburg	0,71	0,82	0,77	0,81	0,83	0,86	0,89	0,92	0,97	1,01
3.	Norwegen	0,80	0,83	0,89	0,92	0,87	0,94	0,89	0,95	0,88	1,06
4.	Dänemark	1,06	1,03	0,96	0,84	0,85	0,81	0,80	0,81	0,82	0,88
5.	Niederlande	0,84	0,82	0,81	0,80	0,73	0,82	0,81	0,81	0,80	0,82
6.	Irland	0,30	0,33	0,40	0,39	0,39	0,42	0,54	0,55	0,59	0,54
7.	Belgien	0,36	0,37	0,43	0,60*	0,41	0,53	0,50	0,43	0,48	0,55
8.	Spanien	0,22	0,30	0,26	0,23	0,24	0,27	0,32	0,37	0,45	0,46
9.	Finnland	0,31	0,32	0,35	0,35	0,35	0,46	0,40	0,39	0,44	0,54
10.	Österreich	0,23	0,29	0,26	0,20	0,23	0,52	0,47	0,50	0,43	0,30
11.	Großbritann.	0,32	0,32	0,31	0,34	0,36	0,47	0,51	0,35	0,43	0,52
12.	Schweiz	0,34	0,34	0,32	0,39	0,41	0,44	0,39	0,38	0,42	0,47
13.	Frankreich	0,32	0,32	0,38	0,41	0,41	0,47	0,47	0,38	0,39	0,46
14.	Deutschland	0,27	0,27	0,27	0,28	0,28	0,36	0,36	0,37	0,38	0,35
15.	Australien	0,27	0,25	0,26	0,25	0,25	0,25	0,30	0,32	0,32	0,29
16.	Kanada	0,25	0,22	0,28	0,24	0,27	0,34	0,29	0,29	0,32	0,30
17.	Neuseeland	0,25	0,25	0,22	0,23	0,23	0,27	0,27	0,27	0,30	0,29
18.	Portugal	0,26	0,25	0,27	0,22	0,63*	0,21	0,21	0,22	0,27	0,23
19.	Italien	0,13	0,15	0,20	0,17	0,15	0,29	0,20	0,19	0,22	0,16
20.	Griechenland	0,20	0,17	0,21	0,21	0,23	0,17	0,17	0,16	0,21	0,19
21.	Japan	0,28	0,23	0,23	0,20	0,19	0,28	0,25	0,17	0,19	0,18
22.	USA	0,10	0,11	0,13	0,15	0,17	0,23	0,18	0,16	0,19	0,20
										0,31	
	DAC Insgesamt	0,22	0,22	0,23	0,25	0,26	0,33	0,31	0,28	0,31	0,31

Eigene Zusammenstellung aus BMZ- und DAC-Daten

* wegen Schuldenerlass (DR Kongo bzw. Angola), der anders als in Deutschland nicht zur Reduzierung anderer ODA-Mittel führte.

** Korea ist neues DAC-Mitglied seit 01. Januar 2010

Tabelle 7

Studienplatzkosten der DAC-Länder im internationalen Vergleich 2000 bis 2009

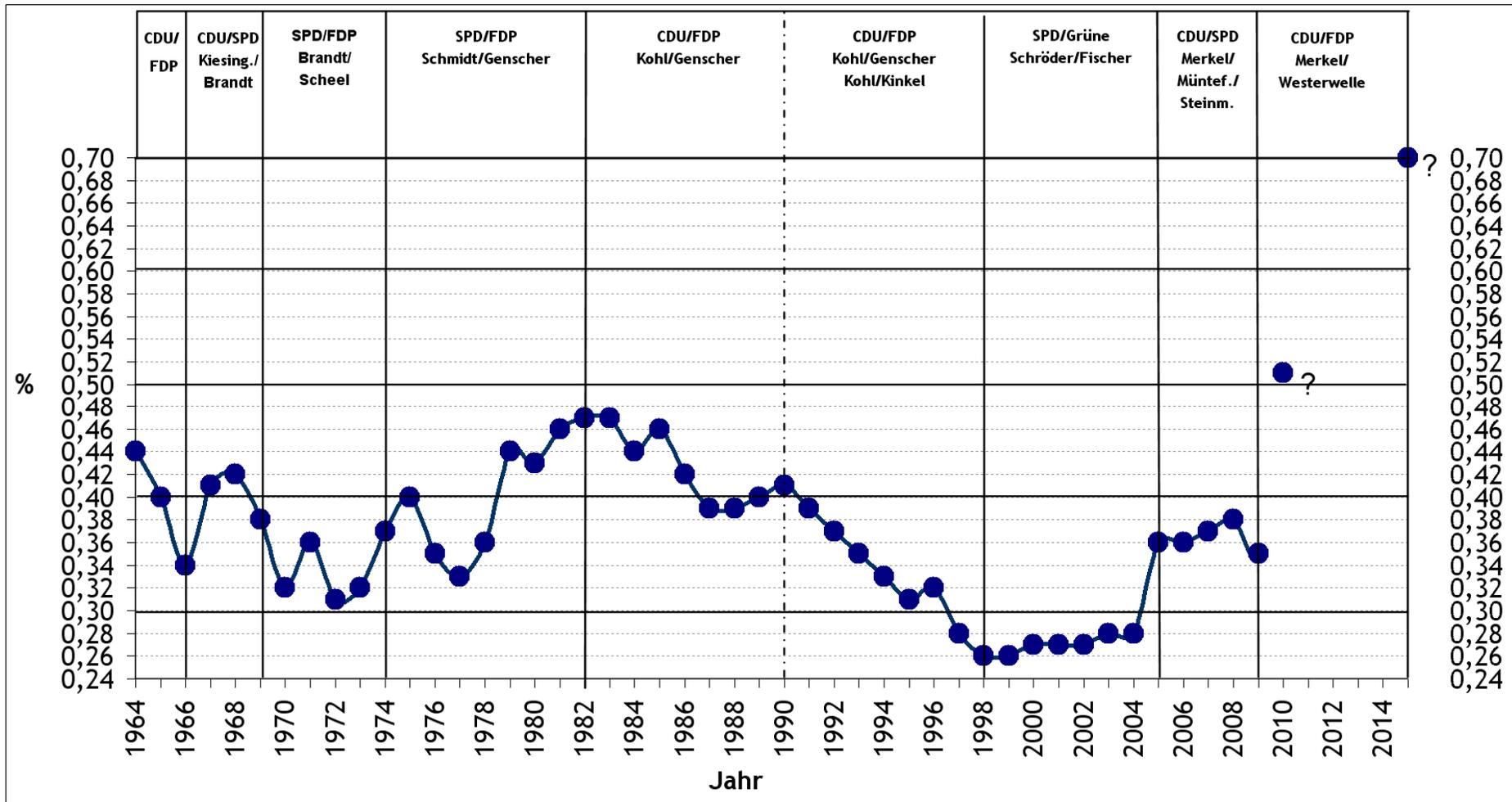
Rangfolge nach dem Anteil der Studienplatzkosten an der ODA 2008

in 1000€

	Jahr Land	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	
										StuPlaKo absolut	% von Netto-ODA
1.	Griechenland							8 190	34 559	50 444	10,35%
2.	Frankreich	365 006			725 614	730 833	766 896	898 455	879 383	641 649	8,48%
3.	Deutschland	350 173	391 893	440 664	557 020	623 258	744 633	716 974	700 797	643 174	6,64%
4.	Portugal				40 272	25 684	25 916	26 435	26 210	26 324	6,12%
5.	Österreich				41 325	38 144	49 169	55 060	62 676	66 556	5,60%
6.	Kanada	42 720	58 923	52 206	48 831	51 127	54 882	63 051	102 847	108 321	3,26%
7.	Belgien							8 724	23 887	21 936	1,33%
8.	Schweiz	11 383	8 140	7 014	11 276	4 596	9 751	1 530	1 161	1 157	0,82%
9.	Spanien	21 919	21 439	12 097	12 931	23 857	30 736	25 534	39 359	28 002	0,59%
10.	Irland				1 823	1 851	2 156	2 725	3 279	2 696	0,29%
11.	Luxemburg						16			27	0,01%
12.	Australien				54 168						
	Länderzahl	5	4	4	9	8	9	10	10	11	

Grafik 1

Die Entwicklung der deutschen ODA 1964 bis 2009 (2015)



1990: Wiedervereinigung

2010: Offizielle Verpflichtung auf 0,51%;
Ende 2009 von BM Niebel als "unerreichbar" bezeichnet

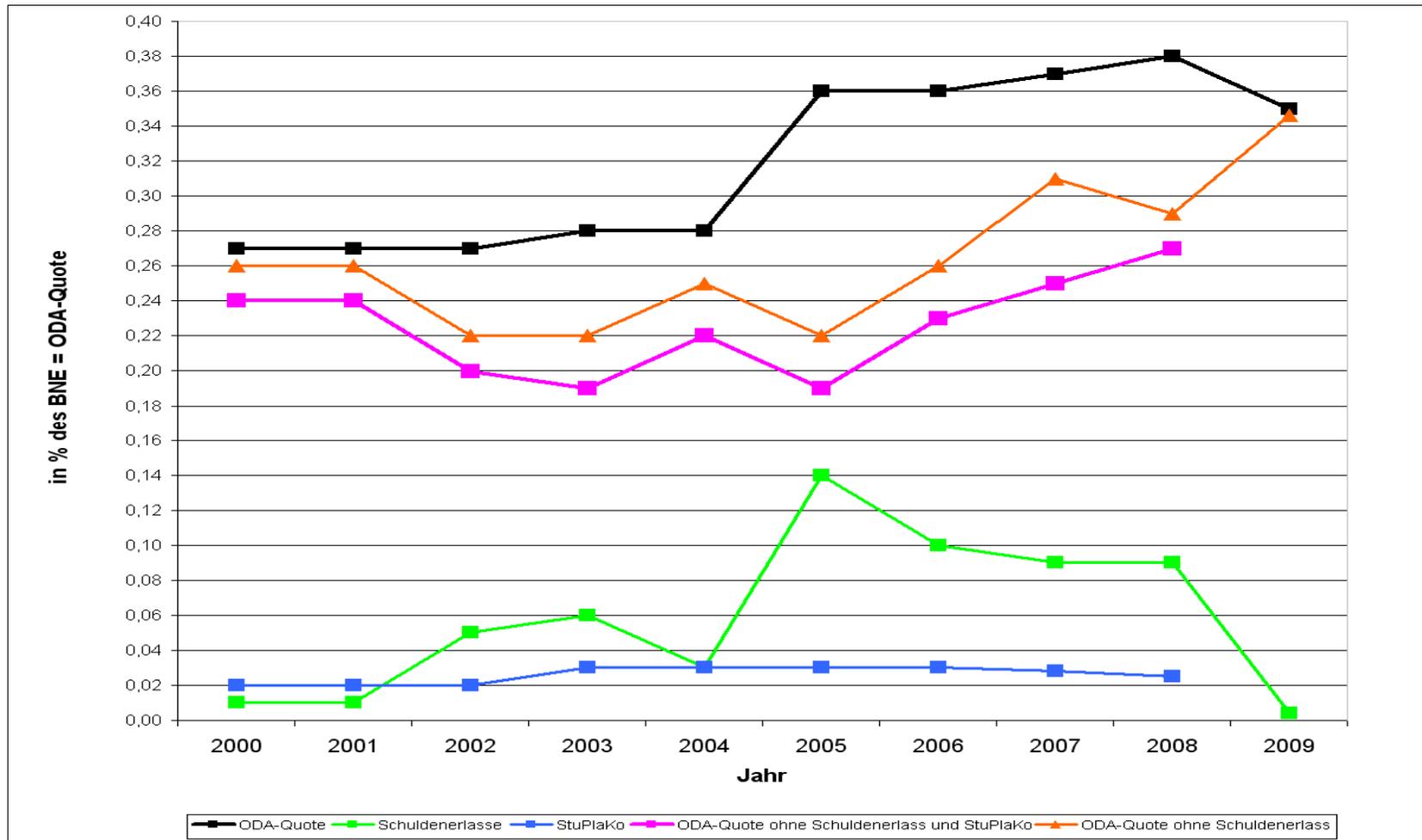
2015: Offizielle Verpflichtung auf 0,7%;
von BM Niebel Ende 2009 bestätigt

Quelle: Für die Kurve 1964 - 2008 www.bmz.bund.de; Fortschreibung, Einteilung in Regierungsperioden und Änderung des Maßstabs durch Germanwatch

Grafik 2

"Differenzen"

Der Einfluss von Schuldenerlassen und Studienplatzkosten auf die Höhe der ODA-Quote



Eigene Berechnung und Zusammenstellung durch Germanwatch

Germanwatch

"Hinsehen, Analysieren, Einmischen" – unter diesem Motto engagiert sich Germanwatch für Nord-Süd-Gerechtigkeit sowie den Erhalt der Lebensgrundlagen und konzentriert sich dabei auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt des Einsatzes von Germanwatch für eine nachhaltige Entwicklung.

Unseren Zielen wollen wir näher kommen, indem wir uns für die Vermeidung eines gefährlichen Klimawandels, faire Handelsbeziehungen, einen verantwortlich agierenden Finanzmarkt und die Einhaltung der Menschenrechte stark machen. Germanwatch finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Zuschüssen der Stiftung Zukunftsfähigkeit sowie aus Projektmitteln öffentlicher und privater Zuschussgeber.

Möchten Sie die Arbeit von Germanwatch unterstützen? Wir sind hierfür auf Spenden und Beiträge von Mitgliedern und Förderern angewiesen. Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar.

Weitere Informationen erhalten Sie unter www.germanwatch.org oder bei einem unserer beiden Büros:

Germanwatch Büro Bonn
Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201, D-53113 Bonn
Telefon +49 (0)228 / 60492-0, Fax -19

Germanwatch Büro Berlin
Voßstr. 1, D-10117 Berlin
Telefon +49 (0)30 / 288 8356-0, Fax -1

E-Mail: info@germanwatch.org

Internet: www.germanwatch.org

Bankverbindung / Spendenkonto:

Konto Nr. 32 123 00, BLZ 100 205 00,
Bank für Sozialwirtschaft AG



Per Fax an:

+49 (0)30 / 2888 356-1

Oder per Post:

Germanwatch e.V.
Büro Berlin
Voßstr. 1
D-10117 Berlin

Ja, ich unterstütze die Arbeit von Germanwatch

Ich werde Fördermitglied zum Monatsbeitrag von €..... (ab 5 €)

Zahlungsweise: jährlich vierteljährlich monatlich

Ich unterstütze die Arbeit von Germanwatch durch eine Spende von
€..... jährlich €..... vierteljährlich €..... monatlich €..... einmalig

Name

Straße

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Bitte buchen Sie die obige Summe von meinem Konto ab:

Geldinstitut

BLZ

Kontonummer

Unterschrift